

Georg Simmerl

Angriff auf die letzte Bastion

WikiLeaks und die Staatenwelt

Der Auseinandersetzung zwischen WikiLeaks und der Staatenwelt liegen zwei zentrale Konfliktlinien zugrunde: das gespannte Verhältnis zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren als dominantes Thema der Globalisierung einerseits, und der Konflikt zwischen diplomatischer Geheimhaltung und demokratischem Transparenzgebot als philosophisches Urtopos der internationalen Beziehungen andererseits. Welche Lehren kann eine progressive sozialdemokratische Außenpolitik im 21. Jahrhundert daraus ziehen?

Die Reaktionen auf die Veröffentlichung diplomatischer Korrespondenz durch die Internet-Plattform *WikiLeaks* waren schnell und heftig. Gerade die Geschlossenheit, mit der weltweit staatliche Repräsentanten unterschiedlicher Parteizugehörigkeiten versuchten, die Internet-Plattform zu diskreditieren, überrascht. Schwedens Außenminister Carl Bildt beispielsweise betonte deren Gefährlichkeit für die Lösung internationaler Konflikte und Italiens Parlamentspräsident Frattini sprach vom »11. September für die weltweite Diplomatie«. Empörter gaben sich nur Politiker der USA: Während Außenministerin Hillary Clinton das Vorgehen von *WikiLeaks* als »Angriff auf die internationale Gemeinschaft« gedeutet wissen wollte, forderte der republikanische Kongressabgeordnete Peter King gar, *WikiLeaks* als internationale Terrororganisation einzustufen. Und die deutsche Bundesregierung? Wenn sie nicht gerade die Bedeutung der Enthüllungen herunterzuspielen versuchte, um weitere Schäden von ihrer Außenpolitik abzuwenden, setzte sie alles daran, den *Staatsfeind WikiLeaks* (so der Titel eines aktuellen Buches) als Akteur auf internationaler Ebene zu diskreditieren. Woraus aber speist sich diese augenscheinliche Brisanz des Themas?



Georg Simmerl

(* 1985) studiert Internationale Beziehungen in Berlin und ist Stipendiat der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Georg_Simmerl@gmx.de

Symptome der Globalisierung

Betrachtet man die »aggressiven Schritte« (Hillary Clintons Bezeichnung für die zu tätigen Maßnahmen) der Staatenwelt im Kontext der Dynamiken der Weltpolitik nach dem Ende des Kalten Krieges, so erscheinen diese zunächst der immanenten Logik eines größeren Rückzugsgefechts zu folgen, das die Staatenwelt seit dem Fall der Berliner Mauer führt – um doch ihren rapiden Autoritätsverlust in der internationalen Politik nicht aufhalten zu können. Als eines der primären Symptome der Globalisierung drängen in den beiden vergangenen Jahrzehnten nichtstaatliche Akteure – multinationale Firmen, Ratingagenturen, Banken, Terrornetzwerke, Menschenrechtsorganisationen und viele andere NGOs – verstärkt auf die internationale Bühne und bestimmen die Agenda der Weltpolitik mit.

Im Zuge dieser Transnationalisierungsprozesse mussten die Nationalstaaten erfahren, wie ihre autonome Handlungsfähigkeit zunehmend (mitunter aber auch willentlich von ihnen selbst gefördert) eingeschränkt wurde. Auf dem Feld der Wirtschaft etwa führte eine bewusst von wirtschaftsliberalen Staatenlenkern initiierte Deregulierungskampagne zur Auslieferung der Weltwirtschaft an die globalen Finanzmärkte und der daraus resultierenden Weltwirtschaftskrise. Demgegenüber schien das Aufbrechen ethnischer Konflikte und das Aufkeimen internationaler Terrororganisationen auf den Territorien gescheiterter »Staaten« extensive Militärinterventionen unausweichlich zu machen, führte aber auch gleichzeitig die Ohnmacht der Nationalstaaten in der Befriedung dieser Konflikte vor Augen.

Nach der Beschneidung der wirtschaftlichen Handlungsfähigkeit durch die globalen Finanzmärkte und der militärischen Handlungsfähigkeit durch entstaatlichte Konfliktherde reiht sich nun also *WikiLeaks* in diesen Reigen ein und bläst zum Angriff auf die letzte Bastion, die den Nationalstaaten bislang noch exklusiv und unangefochten als traditionell verstandene Hoheitsaufgabe verblieben ist: die intergouvernementale Geheimdiplomatie.

Diplomatische Geheimhaltung vs. demokratisches Transparenzgebot

Durch den Angriff auf diese Geheimdiplomatie kommt in der Auseinandersetzung zwischen *WikiLeaks* und der Staatenwelt noch eine weitere – philosophische und moralische – Konfliktlinie zum Ausdruck, die schon lange die internationalen Beziehungen strukturiert. Zum Spannungsverhältnis zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren im Zeitalter der Globalisierung tritt noch der Konflikt zwischen diplomatischer Geheimhaltung und demokratischem Transparenzgebot hinzu.

Wie Julian Nida-Rümelin in der *ZEIT* vom 16.12.2010 herausarbeitet, verweist diese zweite Konfliktlinie auf den fundamentalen theoretischen Widerstreit der wissenschaftlichen Disziplin der Internationalen Beziehungen zwischen Realisten und Liberalen kantianischer Prägung.

Als entscheidende Voraussetzung für die erfolgreiche zwischenstaatliche Konfliktbeilegung verteidigen die sogenannten Realisten dabei – gründend auf Erfahrungen aus der Gleichgewichtspolitik im Europa des 18. und 19. Jahrhunderts – eine von Eliten durchgeführte Diplomatie, welche Geheimhaltung zum obersten Prinzip erhebt. Liberale kantianischer Prägung halten dem entgegen, dass eine erfolgreiche Konfliktbeilegung nur eine friedliche sein kann und diese durch demokratische Kontrolle der Diplomatie gesichert werden muss – Transparenz und Nachvollziehbarkeit als oberste Gebote der internationalen Beziehungen!

Diese zweite Konfliktlinie macht die Bewertung der Auseinandersetzung zwischen *WikiLeaks* und der Staatenwelt aus sozialdemokratischer Sicht noch herausfordernder: Mag der erste etatistische Reflex noch zu einer Verteidigung staatlicher Hoheitsgewalt gegenüber den Unterminierungsversuchen eines nicht-staatlichen Akteurs verleiten, so legt das progressive Gewissen doch eine Parteinahme für demokratisierende Kräfte in den internationalen Beziehungen nahe. Vor dem Hintergrund der bestenfalls durchwachsenen Erfolgsbilanz der Geheimdiplomatie in der Verhinderung von Kriegen, Krisen und Konflikten zwischen Erstem Weltkrieg, Irak-Krieg und Weltwirtschaftskrise scheinen Äußerungen wie »Die Veröffentlichungen können Leib und Leben von Menschen gefährden« oder »*WikiLeaks* hat den Unterschied von Interesse der Öffentlichkeit und öffentlichem Interesse nicht verstanden« das Diplomatieideal des Realismus implizit zu akzeptieren, ohne dabei die Chancen für Veränderung denken zu wollen.

Aber auch eine progressive Position kann in dieser Frage nicht ohne genaue Analyse der Effekte und Möglichkeiten von *WikiLeaks* gefunden werden. Die Aktivitäten der Online-Plattform können nämlich keinesfalls allesamt bedenkenlos unter dem Label »Kampf für Transparenz und Demokratisierung« verbucht werden. Auch wenn das Medium Internet unbegrenzte Möglichkeiten für »Whistleblower« mitzubringen scheint, kann *WikiLeaks* doch aufgrund der eng begrenzten Auswahl zugänglicher Geheimdokumente (vor allem in autoritären Regimen!) allenfalls punktuelle Transparenz erzeugen – ganz zu schweigen von der Relevanz, die weiten Teilen der »enthüllten« Botschaftskorrespondenz beigemessen werden kann. Ob derartige Initiativen also das Potenzial für eine allgemeine Demokratisierung der internationalen Politik haben, ist unklar.

Die Macht von *WikiLeaks* als demokratisierender Akteur ist darüber hinaus auch durch das Publikationsverfahren an sich eingeschränkt. Für die Einordnung der Veröffentlichungen und die gesamte »Bedeutungsproduktion« ist die Plattform auf traditionelle Medien, zuvorderst auf ihre renommierten Kooperationspartner wie die *New York Times* oder den *Spiegel*, angewiesen. Letztendlich ist es also diesen etablierten Medien vorbehalten, Relevanz zu generieren – und im Zuge dessen eben auch Beiläufigkeiten, wie etwa die Charaktersteckbriefe deutscher Politiker, zu halben Staatsaffären aufzublasen und beliebige Diplomatenkorrespondenz als offizielles Regierungsstatement erscheinen zu lassen. Das Publikationsverfahren hat darüber hinaus noch einen kontraintuitiven Effekt auf die Weltpolitik, der den revolutionären Internetaktivisten ein Dorn im Auge sein dürfte: Auch wenn die USA zunächst ob ihrer Datenlecks blamiert erscheinen, so strukturieren jetzt doch Interpretationen und Einschätzungen die Debatten über internationale Kernkonflikte, die aus den Kreisen der US-Diplomatie stammen.

Durch *WikiLeaks* mit dem Label »Wahrheit« versehen und von den traditionellen Medien extensiv kommentiert, könnten sich die Veröffentlichungen also unbemerkter Weise als verkappter Gewinn für die strachehnende Supermacht erweisen.

Unabhängig vom Inhalt und dem sich an Hand der jüngsten, kritischen Publikationen der Medienpartner über *WikiLeaks* abzeichnenden Ende der Kooperation von Internet-Guerilla und großen Qualitätszeitungen hat die Entwicklung doch einen umwälzenden Effekt: In einem der seltenen Momente wirklicher Weltöffentlichkeit steht die Frage nach den Möglichkeiten einer demokratischeren Weltpolitik im Mittelpunkt. Das Phänomen *WikiLeaks* weist also auf Herausforderungen, denen sich sozialdemokratische Außenpolitik im 21. Jahrhundert dringend stellen muss: demokratisierende Kräfte der transnationalen Zivilgesellschaft erkennen, ernst nehmen und gemeinsam mit ihnen für eine legitimere Weltordnungspolitik streiten.